



PRESSEMITTEILUNG

Friedberg, 11.03.2021

AfD verurteilt Anschlag auf das Grundstück des Büdinger Kommunalwahl-Kandidaten Jochen Amann

BÜDINGEN. Mutmaßlich Linksextremisten haben in der Nacht auf Mittwoch das Grundstück des Büdinger AfD-Kandidaten Jochen Amann attackiert. Spitzenkandidat Robert Wasiliew verurteilt den Anschlag: „Hier soll ein künftiger AfD-Stadtverordneter mit Gewalt eingeschüchtert werden.“

Jochen Amann aus Lorbach ist wenige Tage vor den hessischen Kommunalwahlen Opfer eines Anschlages durch mutmaßlich Linksextremisten geworden. Der Büdinger kandidiert für die AfD auf Listenplatz 2 zur Wahl der Büdinger Stadtverordnetenversammlung sowie auf Listenplatz 10 zur Wahl des Wetterauer Kreistages. Die Täter beschmierten das Wohnhaus von Amann mit Ölfarbe und beschädigten seinen in der Einfahrt geparkten Kleinbus. Sämtliche Autoreifen wurden durchgestochen und das Fahrzeug mit dem Schriftzug „Fick Dich AfD. Rassisten!“ besprüht. Die genaue Höhe des Schadens ist noch nicht beziffert. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt bereits gegen die Unbekannten.

Dies kommentiert der Büdinger AfD-Spitzenkandidat Robert Wasiliew wie folgt:

„Hier soll ein künftiger Stadtverordneter wegen seines politischen Engagements für die AfD mit Gewalt eingeschüchtert werden. In Büdingen wurde schon einmal eine Gaststätte, die der AfD Räumlichkeiten für Versammlungen zur Verfügung gestellt hatte, von Linksextremisten massiv beschädigt, und der Inhaber mit Drohanrufen unter Druck gesetzt. Solche Straftaten haben mit unserem Verständnis eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates überhaupt nichts zu tun. Wichtigste Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden von linken Gewalttätern mit Füßen getreten. Uns als Konservativen ist extremistisches Gedankengut jeglicher Art ebenso völlig fremd wie die Befürwortung oder Billigung von Gewalt gegen Andersdenkende.

Nun ist die Büdinger Politik gefragt, ob sie dem wiederholten Treiben von gewaltbereiten Linksextremisten in unserer Stadt weiterhin nur zuschauen oder, wie geboten, dagegen aktiv etwas unternehmen möchte. Floskelhafte Lippenbekenntnisse gegen Gewalt in der politischen Auseinandersetzung, die zur reinen Pflichterfüllung abgelegt werden, reichen nicht aus, um derartiges kriminelles Verhalten effektiv zu bekämpfen. Wer auch jetzt nach dem x-ten linkspolitisch motivierten Anschlag in Büdingen keine konkreten politischen Gegenmaßnahmen in Erwägung zieht und stattdessen die Vorfälle verharmlost, macht sich zum stillen Komplizen von linken Gewalttätern.

Sofern der politische Wille vorhanden ist, sollten schon bald Projekte und Veranstaltungen zur politischen Aufklärung über linken Extremismus durch das Förderprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums in Angriff genommen werden. Der Verein „Demokratie leben - Östliche Wetterau“ könnte hierbei mit gutem Beispiel vorangehen. Er selbst wird durch das Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert, das laut eigenem Bekunden ‚weitere Anstrengungen hinsichtlich der Aufklärung und Beratung über Linksextremismus‘ als ‚dringend erforderlich‘ ansieht.

Ohne konsequente Reaktionen aus der Politik wird der Linksextremismus auch vor unserem beschaulichen Städtchen nicht mehr Halt machen, sondern sich hier weiter ausbreiten. Der Rechtsstaat muss sich deshalb gegen solche Auswüchse, auch in Büdingen, von Anbeginn mit aller Kraft zur Wehr setzen.“